

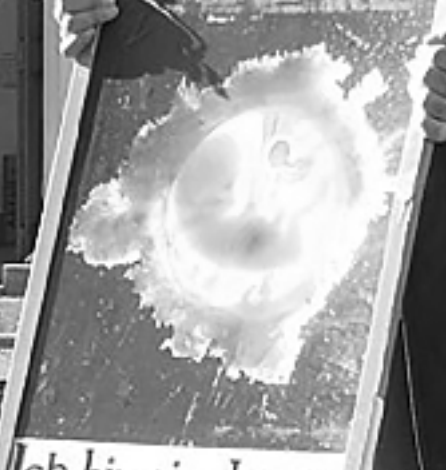






MY
MY
BOU
CHOICE

PAPA, schau



Ich bin ein Junge

Fundis von der Straße fegen – Alerta Feminista!

Warum wir den öffentlichen Raum nicht radikalen Abtreibungsgegner*innen überlassen dürfen. Von der *Antisexistischen Aktion München (asam)*

Das Recht auf einen sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und die damit verbundene Möglichkeit der körperlichen Selbstbestimmung stellt ein konfliktreiches Feld historischer und politischer Aushandlungen dar. Ende 2020 wurden Schwangerschaftsabbrüche in Argentinien legalisiert, was als Erfolg jahrzehntelanger feministischer Kämpfe gefeiert wird. Im selben Jahr wurde in Polen das ohnehin sehr restriktive Recht auf Abtreibungen weiter verschärft, woraufhin Zehntausende ihr Unverständnis und ihre Wut auf die Straße trugen. Die Ärztin Kristina Hänel wurde im Januar 2021 in Deutschland rechtskräftig nach §219a Strafgesetzbuch (StGB) wegen der öffentlichen Werbung für Schwangerschaftsabbrüche verurteilt und zieht nun vor das Bundesverfassungsgericht. Der §218 StGB feiert dieses Jahr sein 150-jähriges Bestehen in der Bundesrepublik. Das Recht auf Abtreibung bleibt also umkämpft und es wird deutlich, wie dringend es auch heute noch modifiziert werden muss. Denn ein Ausruhen auf dem Status Quo kommt nicht in Frage, vor allem nicht, wenn immer zu befürchten bleibt, dass bereits erkämpfte Rechte weiter beschnitten werden. Verschiedenste antifeministische Akteure haben dies im Fokus, darunter die sogenannte Lebensschutz-Bewegung, welche auch in Bayern und München aktiv ist.

Antifeminist*innen machen es sich in München gemütlich

Die selbst ernannte Lebensschutz-Bewegung speist sich aus konservativen bis extrem rechten sowie christlich fundamentalistischen Spektren unserer Gesellschaft. Ihr Ziel ist es, Schwangerschaftsabbrüche zu verunmöglichen und Personen mit Uterus zu kontrollieren, indem ihnen die Entscheidungsmöglichkeit über den eigenen Körper verwehrt wird. Ihre antifeministische Ideologie geht dabei häufig mit völkischen, rassistischen, homo- und transfeindlichen sowie antisemitischen Elementen einher. In einer Pressemitteilung über radikale Abtreibungsgegner*innen verdeutlicht die *Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm)*, wie facettenreich die Szene in Bayern und München ist. Neben 16 eingetragenen Vereinen spielen extrem rechte und konservative Parteien, katholische Fundamentalist*innen und Evangelikale sowie gut vernetzte und finanzstarke Einzelpersonen eine tragende Rolle. Die *firm* warnt vor einer wachsenden Struktur dieser sich als Lebensrechter*innen bezeichnenden Gruppen, die alleine in München jährlich rund 20 Veranstaltungen durchführen.

Jeden 25. des Monats findet beispielsweise ein „Gebetsvigil“ statt, bei dem zehn bis 30 Teilnehmende

betend mit einer Marienikone sowie manipulativen Schildern („Danke Mama, dass ich leben darf!“) durch die Münchner Innenstadt bis vor Beratungsstellen und Abtreibungskliniken ziehen. Organisiert wird das Rumgebet von der *Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA)* und dem Verein *Helfer für Gottes kostbare Kinder*. Auch bei den Mahnwachen der Initiative *40 Tage für das Leben* werden betend, singend und anklagend Schwangere belästigt. Seit 2016 stehen die radikalen Abtreibungsgegner*innen zwei Mal im Jahr 40 Tage lang von früh bis spät vor dem in Freiam gelegenem *Medicare Zentrum* sowie der staatlich anerkannten Beratungsstelle von *Pro Familia* in der Maxvorstadt. Zusätzlich zu den Belästigungen vor Abtreibungskliniken und Beratungsstellen finden auch Demonstrationen, wie beispielsweise der *1000-Kreuze-Marsch*, organisiert von den christlichen Fundamentalist*innen *Euro Pro Life*, statt. Am 20.3.2021 fand in München zum ersten Mal ein *Marsch fürs Leben* statt. Der Verein *Stimme der Stillen* ist ein relativ neuer Akteur im Fundi-Gewimmel, jedoch sind die dafür verantwortlichen Personen bestens in der Lebensschutz-Szene vernetzt, was ein hohes Mobilisierungspotenzial birgt. Zu dem Berliner Pendant *Marsch für das Leben* kommen seit 2016 jedes Jahr mehrere tausend Teilnehmende.

Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen und die stadtpolitische Debatte in München

Nicht nur auf Münchens Straßen, sondern auch in den gut situierten Räumlichkeiten in der Widemayerstraße 16 breiten sich radikale Abtreibungsgegner*innen aus. Dort wird die Fake-Beratungsstelle *Pro Femina* betrieben. Der Verein gibt an Schwangerschaftskonfliktberatung anzubieten, jedoch handelt es sich dabei nicht um eine staatlich anerkannte Beratungsstelle. Einen für einen Schwangerschaftsabbruch notwendigen Beratungsschein erhalten ungewollt Schwangere dort nicht. Die Gruppe *Kritische Medizin München* beschreibt in einem im Januar 2021 veröffentlichten Erfahrungsbericht die Beratung als emotional übergriffig und manipulativ. Wie kann es sein, dass der Verein weiterhin in Betrieb sein darf, wenn dieser anstatt eines sicheren Raums für ungewollt Schwangere eine Gefahr für eben diese darstellt?

Im September 2020 haben deshalb die Stadtratsfraktionen *DIE LINKE* und *Die PARTEI* einen Antrag eingebracht, um *Pro Femina* schließen zu lassen. Die Antwort ist ernüchternd. München sei hierfür nicht zuständig und verweist auf das *Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI)* und die Regierung von Baden-Württemberg, wo der Vereinssitz

von *Pro Femina* liegt. Es soll überprüft werden, ob die Selbstbezeichnung als Schwangerschaftskonfliktberatung weiterhin verwendet werden dürfe. Das erscheint wie ein schlechter Witz, da *Pro Femina* nicht das geringste Interesse daran hat, in ihren Beratungen einen Raum zu schaffen, in dem Schwangere ernstgenommen werden und in dem sie dabei unterstützt werden, selbstbestimmt eine eigene Entscheidung zu treffen. Der manipulative Charakter dieser Scheinberatungsstelle zeigt sich auch in der bewusst gewählten Verwechslungsgefahr des Namens zu *Pro Familia*.

Für einen weiteren Stadtratsantrag zur Versorgungslage mit Schwangerschaftsabbrüchen in München wurde im Oktober 2019 vom *Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU)* eine Befragung durchgeführt. In dieser geben sowohl Ärzt*innen wie auch Berater*innen an, dass sie bei ihrer Arbeit zunehmend Probleme mit radikalen Abtreibungsgegner*innen haben. Im Beschluss vom 12.11.2020 wird daraus zwar das Resümee gezogen, dass es zu einem drohenden Versorgungsengpass bei der Durchführung von Abbrüchen kommen könnte, die Gefahr durch Fundis wird dabei jedoch nicht ernstgenommen. Die Lage in manchen Regionen ist sehr drastisch, was auch daran liegt, dass Schwangerschaftsabbrüche kein verpflichtender Teil der medizinischen Ausbildung sind und die betreffenden Ärzt*innen damit rechnen müssen, von Abtreibungsgegner*innen rechtlich, medial und durch physische Präsenz vor Ort unter Druck gesetzt zu werden. Für ungewollt Schwangere bedeutet dies zum Teil sehr weite, d.h. zeit- und kostenintensive Anreisewege und wenig Wahlmöglichkeiten. Rechtlich angreifbar sind Ärzt*innen dabei übrigens vor allem durch das in §219 geregelte Werbeverbot, dass den Zugang zu wichtigen Informationen stark erschwert. In keinem anderen Fall wird das Informieren über medizinische Eingriffe als Werbung diffamiert.

Am 28.9.2020 hätte das Münchner Rathaus am *Safe Abortion Day* – symbolisch für die Bereitstellung der medizinisch notwendigen Versorgung für Menschen mit Uterus, die sich für einen Abbruch entscheiden – lila angestrahlt werden sollen. Dieser Antrag der Stadtratsfraktionen *SPD/Volt* und der *Grünen/Rosa Liste* wurde vom Oberbürgermeister Dieter Reiter unterstützt. Daraufhin äußerte die *CSU* allerdings Bedenken, dass die Beleuchtung das Neutralitätsgebot verletzen könnte. Zudem kam viel Kritik aus der katholischen Kirche. Schließlich untersagte die Regierung von Oberbayern die Lila-Aktion per Weisung, woraufhin diese nicht stattfinden konnte. Die Absage der symbolischen Aktion, die für körperliche Selbstbestimmung stehen sollte, zeigt exemplarisch

auf, wie weit der Einfluss von Einzelpersonen der Lebensschutz-Szene bis in die Politik reicht.

Kurzer Blick in die Geschichte

Obwohl christlich fundamentalistische Abtreibungsgegner*innen durch ihre öffentliche Präsenz versuchen, die Abschaffung des Abtreibungsgesetzes zu verhindern und wesentlich zur Stigmatisierung und Tabuisierung von Abtreibungen beitragen, blieb dieser reaktionäre Blick auf reproduktionsfähige Körper von Anfang an nicht unwidersprochen. Anschaulich wird dies am Beispiel der Geschichte des §218, der die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen seit 1871 gesetzlich verankert. Gleichzeitig formierte sich Protest von Seiten der ersten Frauenbewegung. Trotz aller Widerstände trugen diese Feminist*innen ihre Forderungen immer wieder in den öffentlichen Raum und stellten mit Protestaktionen dessen Ordnung und vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage. Dadurch entstand ein breites gesellschaftliches Bewusstsein für patriarchale Unterdrückungsstrukturen. So wurde der feministische Protest für die Abschaffung des §218 schließlich zu einer Massenbewegung. Alle erkämpften Lockerungen des Abtreibungsverbotes, so gering sie auch waren, wurden allerdings durch das NS-Regime vollständig zunichte gemacht. Dessen völkische Ideologie legte Mutterchaft als die größte Bestimmung der Frau fest und ließ Abtreibungen ausschließlich als Instrument für eine rassistische, antiziganistische, antisemitische und eugenische Auslese zu. Das dahinterstehende reaktionäre Frauen- und Familienbild wirkt bis heute nach.

Erst die zweite Frauenbewegung schaffte es Ende der 60er Jahre, den Kampf für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung öffentlichkeitswirksam weiterzuführen. Sie beschränkten ihren Protest dabei nicht nur auf den Straßenraum, sondern eigneten sich auch das Potenzial der medialen Verbreitung von Forderungen und Informationen und zur überregionalen und globalen Vernetzung an. Besonders große Wellen schlug dabei die 1971 im *Stern* erschienene Selbstbeziehungskampagne *Wir haben abgetrieben*. Diese symbolische Auflehnung gegen die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen diente vor allem dazu, das andauernde Schweigen über Abtreibungen in der öffentlichen Debatte zu brechen und damit Stigmatisierungen entgegenzuwirken. So trugen die unermüdlichen Kämpfe für das Recht auf Abtreibung wesentlich dazu bei, dass Schwangerschaftsabbrüche heute in Deutschland grundsätzlich möglich sind. Allerdings sind sie immer noch nicht legal, denn der §218 besteht weiterhin und regelt die Bedingungen,

unter denen Schwangere straffrei abtreiben dürfen. Eine dieser Bedingungen ist die Pflicht zur Beratung, die Schwangeren die Fähigkeit zu selbstständigen Entscheidungen über den eigenen Körper abspricht. Die Bevormundung von Personen mit Uterus muss aufhören und der Zugang zu allen relevanten Informationen zum Thema Abtreibung muss gewährleistet sein. Gleichzeitig zeigt der Blick in die Geschichte allerdings leider auch sehr eindrücklich, wie Abtreibungsgegner*innen immer wieder bereits Er kämpftes angreifen und zunichtemachen.

Was hat das eigentlich alles mit Raum zu tun?

Raum ist ein soziales Produkt, das fortwährend hervorgebracht, reproduziert und angeeignet wird. Räume sind zum Teil stark normiert, sie erfüllen bestimmte Funktionen und haben verschiedene, etablierte Nutzungs- und Verwendungsweisen. Das kann auch zu Konflikten und Kämpfen um Räume führen. Im Straßenprotest wird der Konsens darüber, welche soziale Bedeutung der öffentliche Raum hat oder welche Verwendungsweisen er erfahren darf, radikal in Frage gestellt und bestehende Regeln außer Kraft gesetzt. Die Frage, wer die Deutungshoheit über einen Raum hat, ist eben immer auch eine Machtfrage.

Nicht selten erfährt die Kategorie Raum eine Unterteilung in öffentlich und privat. Die öffentliche Sphäre als Ort der politischen Macht und Einflussnahme ist ein umkämpfter Raum, den sich männlich gelesene Personen auch heute noch viel selbstverständlicher aneignen. Weiblich gelesene Personen bzw. weiblich konnotierte Tätigkeiten werden hingegen in die private Sphäre gedrängt. Aus feministischer Perspektive müssen wir dieser Einteilung entschieden widersprechen, denn das Private und Politische sind keine Gegensätze, sondern: das Private ist politisch! Reproduktionsfragen werden zwar fortwährend privatisiert und in einen individuellen Verantwortungsbereich verschoben, sie sind aber niemals privat, weil der Staat mit den Gesetzen §218 und §219 stets seine Finger im Spiel hat. Wenn die Öffentlichkeit der Ort ist, an dem das Interesse der Einzelnen zu einem gesamtgesellschaftlichen Interesse gemacht wird, dann müssen wir uns diese aneignen!

Nach wie vor unterliegt das öffentliche Sprechen über die eigene Abtreibung einer starken Tabuisierung und Stigmatisierung. Doch diese Kultur des Schweigens muss gebrochen werden. Radikale Abtreibungsgegner*innen nutzen jede Gelegenheit dazu, ihre menschenverachtende Hetze und Mythen zu verbreiten. Beispielsweise behaupten christliche

Die Antisexistische Aktion München ist eine feministische, linksradikale Gruppe in München, die sich mit Themen rund um Pro Choice und Antifeminismus beschäftigt. Für mehr Infos: <https://asam.no-blogs.org>

Fundamentalist*innen, es gäbe ein Post Abortion Syndrom, unter dem ungewollt Schwangere nach einer Abtreibung leiden würden. Das ist allerdings Unsinn - eine Studie aus den USA belegt, dass das Post Abortion Syndrom schlichtweg einfach nicht existiert. Die Behauptung einer Gefahr durch das angebliche Syndrom dient also lediglich der Verunsicherung ungewollt Schwangerer und setzt sie bei ihrer Entscheidung weiterem unnötigen Druck aus. Deshalb müssen wir gemeinsam einen wirkmächtigen Gegendiskurs etablieren. Während die individuellen Handlungsmöglichkeiten nämlich beschränkt bleiben, kann die kollektive Organisation und Mobilisierung Veränderung bringen. Dies zeigt auch das bereits angeführte Beispiel der Selbstbeziehungskampagne, die nur deshalb so erfolgreich sein konnte, weil sie von einem Kollektiv getragen wurde.

My Body My Choice! Was können wir tun?

Konkrete Handlungsoptionen und kollektive Praxis gegen eine Institutionalisierung und damit einhergehende Einflussnahme radikaler Abtreibungsgegner*innen zeigen beispielsweise Pro-Choice Aktivist*innen gemeinsam mit Kommunalpolitiker*innen in Berlin auf. In Charlottenburg-Wilmersdorf hat der *Pro Femina* Ableger gut ein Jahr nach seiner Öffnung im Juli 2019 wieder schließen müssen. Die Bezirksversammlung hat dort mit großer Mehrheit den Beschluss gefasst, einseitige Schwangerschaftskonfliktberatung zu unterbinden. Zusätzlich haben Aktivist*innen die Räumlichkeiten mehrfach besucht und mit Pro Choice Graffitis verschönert, was wahrscheinlich dazu beigetragen hat, dass das Mietverhältnis aus Rücksicht auf die anderen Mietparteien nicht verlängert wurde. Ein weiteres Positivbeispiel ist der im August 2019 für Hessen beschlossene Erlass, der Gehsteigberatungen verbietet. Radikale Abtreibungsgegner*innen dürfen ungewollt Schwangere nicht mehr vor Beratungsstellen und Kliniken belästigen, es darf kein Sicht- oder Rufkontakt mit den Räumlichkeiten bestehen. Das ist wichtig, weil so ungewollt Schwangere auf ihrem Weg zur Klinik nicht mehr der direkten moralischen Verurteilung durch Fundis ausgesetzt sind. In Bayern sind sie allerdings weiterhin erlaubt.

Es gibt also noch viel zu tun gegen das Patriarchat und seine Fans. In München gibt es auch aktiven feministischen Gegenprotest, der mit radikalen Abtreibungsgegner*innen aufräumt. Denn wir werden ihnen auf keinen Fall die Straße oder sonstige Räume überlassen!<

